

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zur Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
— Drucksache 12/5645 —

– Sammelübersicht 115 zu Petitionen –

Der Bundestag wolle beschließen,

die Petition 1-12-05-1033-36779 der Bundesregierung zur Erwägung zu überweisen.

Bonn, den 20. Oktober 1993

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

Der Petent fordert, daß die Bundesregierung aktiv und mit Sanktionen für den Schutz der Menschenrechte in Ost-Timor eintritt.

Die Fraktion der SPD möchte die Petition der Bundesregierung zur Erwägung überweisen mit dem Ziel, Menschenrechtskriterien bei Regierungsverhandlungen über Entwicklungsprojekte anzuwenden. Sie ist der Auffassung, daß die Politik der indonesischen Regierung im Bereich Ost-Timor die Politik einer Besatzungsmacht darstellt. Menschenrechtsorganisationen sprechen von mehr als 1 Million Toten seit 1965. Eine Unterstützung der indonesischen Regierung schließt nicht aus, daß diese Mittel für weitere Verletzungen der Menschenrechte eingesetzt werden. Dies gilt vor allem für Waffenlieferungen.

Wir halten es für angemessen, daß die Bundesregierung alles tut, um die Einhaltung der Menschenrechte in Ost-Timor durch die indonesische Regierung einzufordern.

